

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche stand die **Gesundheitspolitik** im Zentrum der parlamentarischen Auseinandersetzung. Auf der Tagesordnung waren aber nicht nur zwei Gesetze zur Arzneimittelordnung und zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Vielmehr haben Union und FDP die Fundamente des sensibelsten Zweigs unserer sozialen Sicherung angegriffen. Die Regierung bemüht sich zu vernebeln, was auf dem Spiel steht. Sie will, dass sich die Diskussion im Irrgarten von Detailregelungen und administrativen Instrumenten verliert. Klar aber ist: Schwarz-Gelb zielt mit der Axt auf die Grundlagen des solidarischen Gesundheitssystems.

Beim **Finanzierungsgesetz** werden die Krankenversicherungsbeiträge wieder auf 15,5 Prozent angehoben. Alle weiteren Kostensteigerungen, die in Zukunft anstehen können, müssen einseitig von den Arbeitnehmern getragen werden. Das ist der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung und der **Einstieg in das unsoziale Modell der Kopfpauschale**, bei dem die Schwachen genauso viel wie die Starken bezahlen müssen. Der gleichzeitig eingeführte Sozialausgleich ist nichts anderes als ein Almosen, das besonders für Rentner nicht ausreichen wird.

Die teuerste Neuregelung im **Arzneimittelgesetz** ist die Einführung von sogenannten „Aufzahlungen“ bei Nachahmerprodukten (Generika), die 75 % aller in der Apotheke abgegebenen Packungen ausmachen. Wenn der Patient in Zukunft ein anderes Präparat von seinem Arzt verschrieben



Berlin-Brief, Ausgabe 84
12. November 2010

Meine Termine

175 Jahre Liederkranz
13.11.2010, 20 h, Neuenstadt

100 Jahre Ortsverein Biberach und Jubilarehrung des SPD-Kreisverband Heilbronn-Stadt
14.11.2010, 15 h, Biberach

Diskussionsveranstaltung zu Afghanistan mit Rainer Arnold MdB und Gert Weisskirchen MdB a.D.
15.11.2010, 19 h, Ladenburg

Preisverkündung der Landesprämierung Weine und Sekte
18.11.2010, 14 h, Harmonie Heilbronn

Besuch der Ausstellung „Mehr als nur Gäste“ zum Thema Integration mit den Jusos Heilbronn
20.11.2010, 15.30 h, Volkshochschule Heilbronn

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



bekommt als das der gleichen Wirkung, für das seine Krankenkasse einen Rabattvertrag abgeschlossen hat, muss der Patient den Differenzbetrag zwischen dem verschriebenen Arzneimittel und dem Rabattmedikament selber zahlen. Kostet das Rabattmedikament zum Beispiel 8 Euro, das vom Patienten aber wegen einer Arzt- oder Apothekerempfehlung gewählte Medikament 16 Euro, zahlt man neben der Zuzahlung von 5 Euro die Aufzahlung von 8 Euro, also insgesamt 13 Euro. Für die Aufzahlung gibt es weder eine Obergrenze noch eine Unterstützung für Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger. Zudem werden die Pharmakonzerne Druck ausüben und bei Krankenkassen, Apothekern und Ärzten Anreize schaffen, dass teurere Medikamente verschrieben werden. Letztlich landen die Mehrkosten also beim Patienten!

Zusätzlich haben die Ärzte in Zukunft die Möglichkeit, ihren Patienten eine Art **Vorkasse** anzubieten. Der Patient soll dabei zuerst aus privater Tasche die Arztkosten begleichen und bekommt dann nach der Weitergabe der Rechnung an seine Krankenkasse nur den Betrag erstattet, den die gesetzliche Krankenkasse bezahlt hätte. Auch wenn es vordergründig der Wahl des Patienten unterliegt, ob er das Vorkasse-Modell nimmt oder nicht, kann der Arzt natürlich besonders bei kurzfristigen Terminwünschen Vorkasse-Patienten bevorzugen, da er an ihnen mehr verdient. Damit wird eine dritte Klasse von Versicherten geschaffen – es besteht nicht mehr nur die Trennung zwischen privat und gesetzlich Versicherten, sondern zusätzlich noch zwischen Vorkasse- und Nicht-Vorkasse-Patienten.

Diese Regelungen zeigen: es sind nicht nur Details, sondern es ist die Richtung, die in der schwarz-gelben Gesundheitspolitik nicht stimmt. Wir Sozialdemokraten stellen unser Konzept der **Bürgerversicherung** dagegen. Niemand soll in der Arztpraxis bevorzugt oder zurückgesetzt werden. Niemand soll schlecht behandelt werden, weil er nicht draufzahlen kann. Die Finanzierung der Gesundheit muss von der gesamten Solidargemeinschaft getragen werden. Denn Gesundheit ist eine Investition in die Menschlichkeit unserer Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen